Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.81/17.02.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

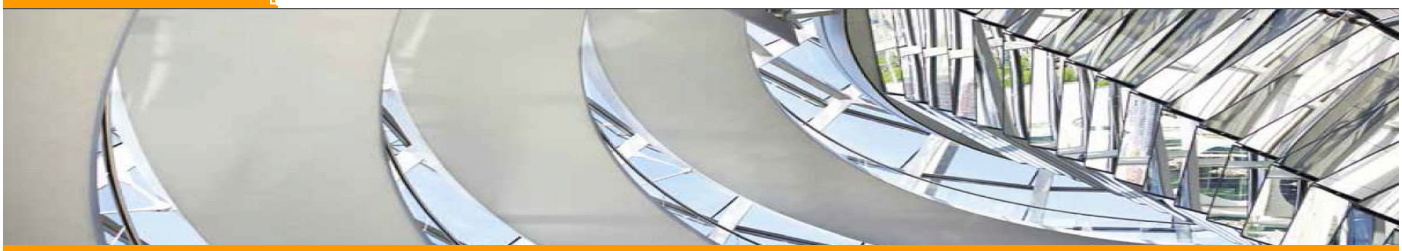
Abschied und Aufbruch – am Sonntag wählte die Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier mit großer Mehrheit zum 12. Bundespräsidenten. Sein Appell, in schwierigen Zeiten mutig zu sein und anderen Mut zu machen, ist die richtige Botschaft an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Steinmeier gehört zu den außen- und innenpolitisch erfahrensten Politikern und hat sich auch in den Reihen der Union großen Respekt und nachhaltiges Vertrauen erworben. Schon jetzt kann man sagen, dass seine Amtszeit auf viele Herausforderungen stoßen wird. Als Bundespräsident aller Deutschen wünsche ich ihm dabei viel Glück, Kraft und Gottes Segen.

Die Integrations- und Dialogfunktion des Präsidentenamtes hat in den letzten Jahren maßgeblich an Bedeutung gewonnen. Dies liegt nicht zuletzt an der starken persönlichen Prägekraft von Joachim Gauck. Sein Lebensthema „Freiheit“ will er nicht nur als vorbestimmtes Geschenk verstanden wissen. Freiheit heißt stets auch Verantwortung auf dem Boden einer wehrhaften und streitbaren Demokratie. Mit dieser unmissverständlichen Haltung erwarb er sich im In- und Ausland viel Achtung und Respekt.

In einer klugen und sehr bewegenden Rede würdigte Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert Gaucks nachhaltige Verdienste für eine offene Gesellschaft des Miteinanders und des Zusammenhalts. Gaucks Worte werden weit über seine erfolgreiche Amtszeit hinaus Gewicht haben. Angesichts jüngster polarisierender Wahlkampfäußerungen über den vermeintlich schlechten Zustand von Land und Gesellschaft möchte ich Gaucks Worte von 2014 entgegenhalten: „Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen“. Dieses starke und wohlhabende Land weiter besser zu machen, statt madig zu reden, ist mein Verständnis von christdemokratischer Politik.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz



Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

CDU

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

Aktuelles

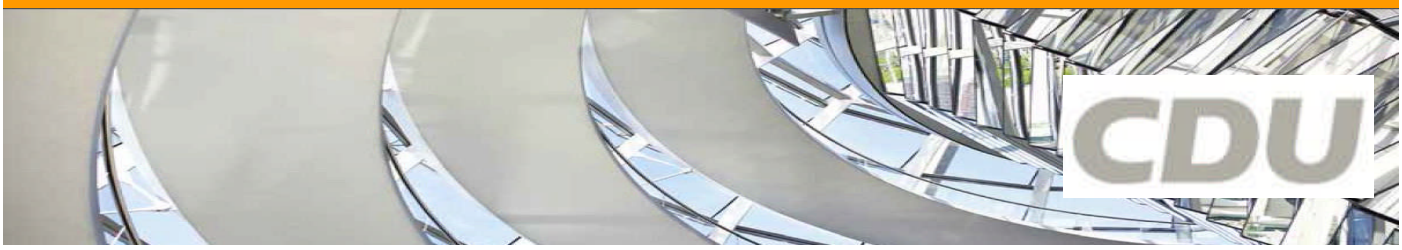
Freiwillige Rückkehr attraktiv machen

Zu Beginn der vergangenen Woche war der tunesische Premierminister Youssef Chahed zu Gast im Kanzleramt bei Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Zentrale Themen bei dem Treffen beider Regierungschefs waren die aktuelle Sicherheitslage in der euro-mediterranen Region, Migrationsfragen und die deutsch-tunesische Zusammenarbeit. Merkel und Chahed waren sich einig, die freiwillige Ausreise abgelehnter Asylbewerber zu fördern. In Deutschland leben derzeit rund 30.000 Tunesier. Etwa 1500 davon sind ausreisepflichtig. Für sie soll die freiwillige Rückkehr künftig attraktiv gestaltet werden, etwa durch explizite Bildungsangebote oder finanzielle Starthilfe.

Darüber hinaus gilt es, die illegale Migration gemeinsam zu bekämpfen. Die Anerkennungsquoten der in Deutschland ankommenden Tunesier sind sehr gering. Umso wichtiger ist es, dass der Bundesrat die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer beschließt. So kann schneller rechtliche Klarheit geschaffen werden und Betroffene können schneller zurückgeführt werden.

In den Gesprächen ging Dr. Angela Merkel ebenfalls auf die Problematik der Arbeitslosigkeit in Tunesien ein. Die arbeitsmarktorientierte Aus- und Fortbildung in Tunesien muss verbessert werden, wozu auch die Arbeitsbedingungen und eine größere Wettbewerbsfähigkeit gehören. Vor allem in benachteiligten Regionen soll eine enge Zusammenarbeit mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen. Dazu dienen diverse Fortbildungsmaßnahmen, auch mit zeitweisem Aufenthalt von Fachkräften in Deutschland.

Auch das Thema Tourismus war Bestandteil des Dialoges. Die Tourismusbranche ist von großer Bedeutung für die tunesische Wirtschaft. An ihr hängen circa 400.000 Arbeitsplätze. Bisher stellte Deutschland 15 Prozent der Touristen. Zwei Terroranschläge auf touristische Ziele im März und Juni 2015 sowie ein Sprengstoffanschlag auf einen Bus der Präsidentengarde im November 2015, zu dem sich der IS bekannte, versetzten dem Tourismussektor einen Rückschlag. Bis Anfang September 2015 war die Zahl der europäischen Touristen um insgesamt 72 Prozent zurückgegangen. Die Einnahmen in der Tourismusbranche und damit auch die Deviseneinnahmen gingen um ein Drittel zurück. Deutschland wird Tunesien mit der Fortführung der Sicherheitspartnerschaft helfen, mit der terroristischen Gefahr fertig zu werden. So kann auch der wichtige Wirtschaftszweig Tourismus wieder gestärkt werden.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

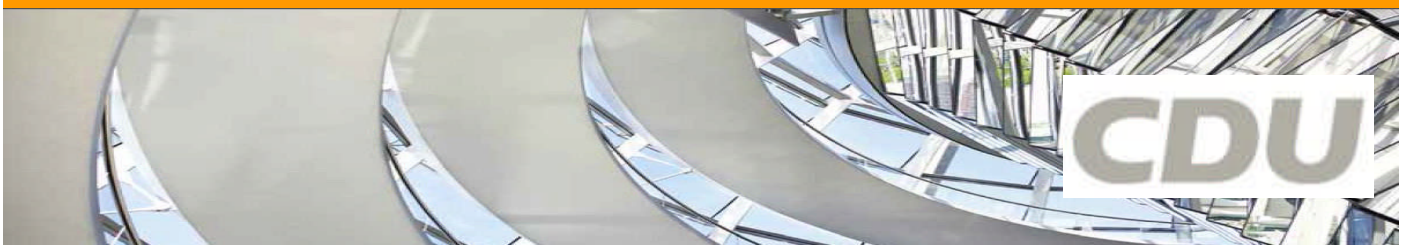
Aktuelles

Föderalismus - Sicherheit durch Weiterentwicklung

Über eine Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat Deutschland wurde in dieser Sitzungswoche eingehend im Deutschen Bundestag beraten. Darin ist vorgesehen, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat, gemeinsames Gremium von Bund und Länder, wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen zur Aufgabenverteilung und Arbeitseffizienz vorgesehen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund. Auch eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs soll eingeführt werden. Mit der Reform wird die Zusammenarbeit von Bund und Ländern modernisiert und finanzielle Planungssicherheit für Bund und Länder für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030 geschaffen.

Einladung zum Politischen Aschermittwoch



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

Aktuelles

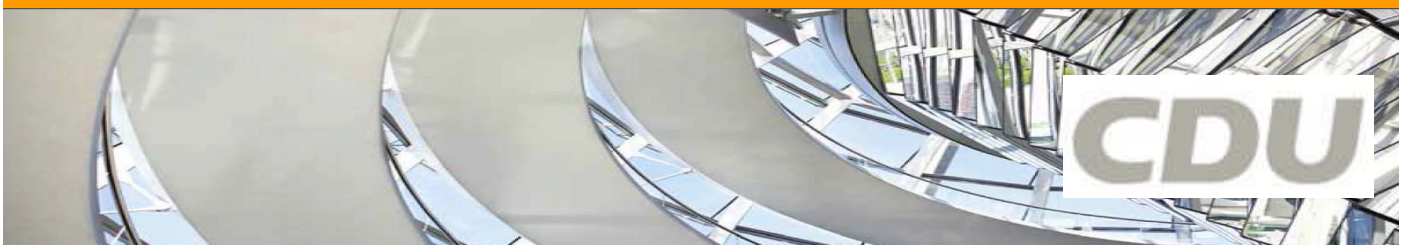
Vollstreckungsbeamte und Einsatzkräfte besser schützen

Tagtäglich sorgen Polizistinnen und Polizisten und Rettungskräfte für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Immer öfter werden sie bei Einsätzen allerdings angegriffen. Solche Angriffe sind inakzeptabel und verwerflich. Die steigenden Zahlen derartiger Aktionen gegen Polizisten sind ein Alarmsignal. Da gilt es, klare Zeichen zu setzen. Im Plenum des Deutschen Bundestages wurde in dieser Woche über einen entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung in erster Lesung beraten.

Das Bundeskabinett selbst hat in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von Polizisten und anderen Einsatzkräften beschlossen. Wer Polizisten oder andere Einsatzkräfte angreift, wird zukünftig mit härteren Konsequenzen rechnen müssen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht einen neuen Straftatbestand des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte" vor.

Besonders geschützt sind danach alle Diensthandlungen, nicht mehr nur Vollstreckungshandlungen. Als Mindeststrafe ist eine Freiheitsstrafe von drei Monaten vorgesehen. Zudem wird der Anwendungsbereich des besonders schweren Falles des Widerstands und des tätlichen Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte erweitert: Künftig liegt in der Regel ein besonders schwerer Fall auch bei gemeinschaftlicher Begehung vor. Gleiches gilt, wenn ein Beteiligter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, auch wenn noch keine Verwendungsabsicht besteht.

Alle neuen Regelungen gelten ebenfalls für die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr, der Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerks und des Zivil- und Katastrophenschutzes. Auch sie leisten jeden Tag einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft. Mit den neuen Regelungen können alle Einsatzkräfte zukünftig besser geschützt werden. Dies steht in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes können auch sogenannte Bodycams eingesetzt werden, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen. So können die, die uns schützen auch endlich besser geschützt werden.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

Aktuelles

Finanzielle Absicherung für alle Mütter im Mutterschutz

„Wir stärken den gesundheitlichen Schutz von privat krankenversicherten Frauen, die selbständig erwerbstätig sind. In Zukunft können sie frei von finanziellen Erwägungen in den letzten Wochen vor und den ersten Wochen nach der Entbindung entscheiden, ob sie ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Private Krankenversicherungen werden verpflichtet, Frauen eine entsprechende Absicherungsmöglichkeit in einem Krankentagegeldtarif anzubieten“, erklärt Annette Widmann-Mauz MdB, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, anlässlich der Schlussabstimmung des Gesetzes zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelverordnung (HHVG) im Ausschuss und der 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag.

Artikel 6 des Grundgesetzes stellt Frauen und Kinder unter einen besonderen Schutz. Mit dem Leistungsanspruch aus einer privaten Krankentagegeldversicherung für schwangere Versicherte und Wöchnerinnen bekommen nun auch selbstständige privatversicherte Frauen während des Mutterschutzes sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes Mutterschaftsgeld.

Annette Widmann-Mauz: „Diese Änderung trägt zur Gleichbehandlung von selbständigen und angestellten Frauen bei. Der gesundheitliche Schutz der betroffenen Frauen stand dabei für uns im Mittelpunkt.“ Auf Antrag der Frauen Union der CDU Deutschlands hatte sich der CDU -Parteitag bereits in Essen für ein Mutterschaftsgeld auch für selbständige Privatversicherte ausgesprochen.

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

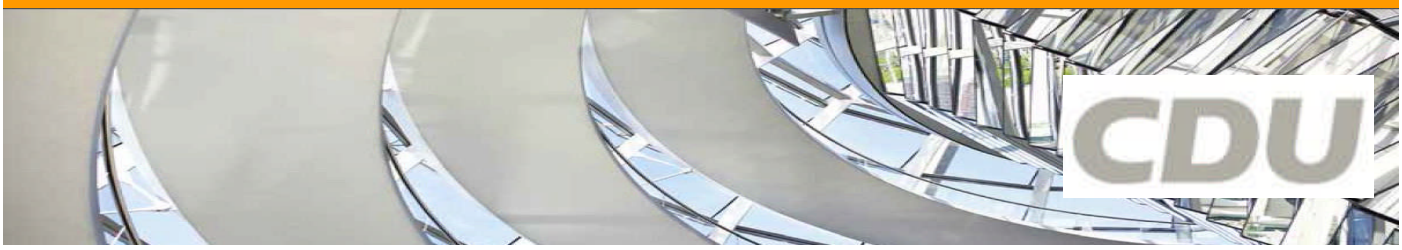
Aktuelles

Qualität zählt! Heil- und Hilfsmittelgesetz verabschiedet

Gestern hat der Deutsche Bundestag das Heil- und Hilfsmittelversorgunggesetz (HHVG) verabschiedet. Kompressionsstrümpfe, Schuheinlagen, Prothesen und Orthesen bis hin zu Rollstühlen und Hörgeräten werden in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger, um die Lebensqualität bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Dafür wurde das Hilfsmittelverzeichnis, in dem ca. 29.000 Produkte gelistet sind in Hinsicht auf Qualität und neue technische Lösungen modernisiert. Dabei profitieren die Patienten gegenüber den Krankenkassen auch von neuen Wahlmöglichkeiten und umfassenderen Beratungsleistungen von Dienstleistern wie Gehörgeräteakustikern oder Sanitätshäusern. Mehr Flexibilität für eine individuelle Versorgung von Patienten erhalten auch Ärzte oder Therapeuten. Sie haben künftig mehr Möglichkeiten festzulegen, wie oft und in welchen Abständen die Therapie sinnvoll ist.

Über Heil- und Hilfsmittel hinaus gehen die ebenfalls im Gesetz verankerten Verbesserungen in der Notfallversorgung. Neben ihrer Tätigkeit in Praxen oder Kliniken übernehmen viele Mediziner auch Notarzteinsätze. In Zukunft ist das Honorar aus diesen Zusatzdiensten von Sozialversicherungsbeiträgen befreit. Auch beinhaltet das Gesetz weitere Maßnahmen zur Vorbeugung von Abrechnungsbetrug bei Krankenkassen. In der Vergangenheit gab es Fälle, in den durch falsche Diagnosen von Patienten Mehreinnahmen erzielt wurden. Diese Schlupflöcher werden nun geschlossen.

Pauschale Anrechnung auf Vorversicherungszeit für die Krankenversicherung der Rentner: Eine Benachteiligung von Kinder erziehenden Ehegatten und Lebenspartnern bei der Berücksichtigung von Vorversicherungszeiten für die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) wird beseitigt. Zukünftig können unabhängig von der Krankenversicherung des Ehe– und Lebenspartners jeweils pauschal drei Jahre pro Kind auf die Vorversicherungszeit für die KVdR angerechnet werden. Damit wird der Zugang zur KVdR für die Ehegatten und Lebenspartner verbessert, die in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens die Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung von Kindern unterbrochen haben und in dieser Zeit nicht gesetzlich krankenversichert waren. Sie erfüllen teilweise nicht die geforderte Vorversicherungszeit für eine in der Regel günstigere Pflichtmitgliedschaft in der KVdR (sogenannte 9/10 Regelung).



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

Aktuelles

„Netzwerkerinnentreffen“ der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

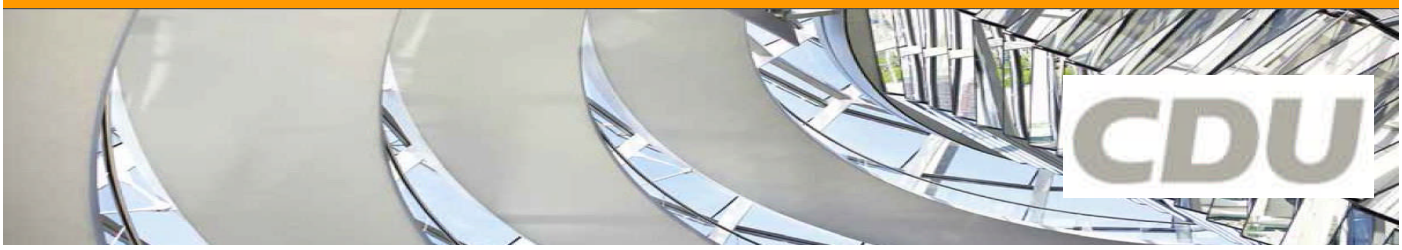
Diese Woche traf sich die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum diesjährigen Netzwerkerinnentreffen. Die Frauen diskutierten mit der Kanzlerin u. a. auch zum Entgeltgleichheitsgesetz. Ein interessanter Abend mit guten Gesprächen und viel Frauenpower!

(Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Herzlichen Glückwunsch Rita Süssmuth!

Die Ehrenvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands feiert heute ihren 80. Geburtstag. Die Bundesvorsitzende der Frauen Union und Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB hat heute ihre persönlichen Glückwünsche im Rahmen eines festlichen Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin überbracht. „Sie ist noch immer unermüdlich als leidenschaftliche und kämpferische Politikerin im Einsatz. Ihr Engagement in der Frauen- und Familienpolitik hat sie zum Vorbild einer ganzen Generation von Frauen gemacht. Wir ernten heute die Früchte ihrer Arbeit als Wegbereiterin für ein modernes Frauenbild“, würdigt sie Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands.

(Foto: Annette Widmann-Mauz MdB und Prof. Dr. Rita Süssmuth)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

Aktuelles

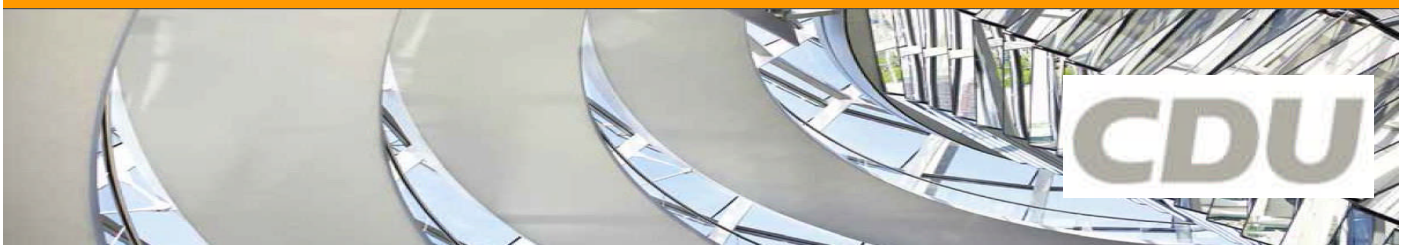
Kinder sind keine Soldaten!

Jede Hand zählt! Am 12. Februar 2017 war der internationale Tag gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten – „Red Hand Day“. Jede rote Hand ist ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten in Kriegsgebieten. In vielen Ländern werden immer noch bis zu 250.000 minderjährige Kinder in den Krieg geschickt und dabei lebensbedrohlichen und psychisch sehr belastenden Situationen ausgesetzt. 250.000 - eine viel zu hohe Zahl von Kindern, die in fast allen aktuellen bewaffneten Konflikten als Soldaten missbraucht werden. Gegen diese massive Kinderrechtsverletzung muss weiterhin gekämpft werden. Auch der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche ein Zeichen gesetzt!

Vertreter der Universität Tübingen zu Gast in Berlin

Der Rektor Prof. Dr. Bernd Engler und der Dekan der medizinischen Fakultät Prof. Dr. Ingo Autenrieth der Universität Tübingen waren diese Woche zu Besuch bei der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB im Bundesministerium für Gesundheit. In einem fast zweistündigen Gespräch haben sie sich über die zukünftige Strategie der Hochschule in Zeiten von Digitalisierung und enormen Fortschritten in der Medizinforschung ausgetauscht. Der eingeschlagene Weg einer Stärkung der medizinischen Forschung mit Blick auf eine bessere Behandlung von Erkrankungen wie z. B. Alzheimer, Parkinson, Krebs und Diabetes ist ein zentrales Anliegen und muss unbedingt weiter verfolgt und ausgebaut werden!

(Foto: v.l.n.r. Oliver Schenk, (BMG), Prof. Dr. Ingo Autenrieth, (Universität Tübingen), Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, Prof. Dr. Bernd Engler, (Universität Tübingen), Frau Brumme-Bothe, (BMBF))



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 81/17.02.2017

Aktuelles

Gestiegene Ausgaben für Schüler an öffentlichen Schulen

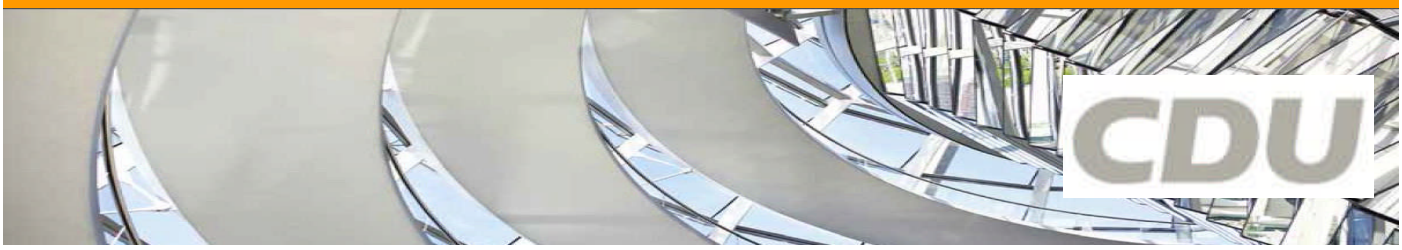
Jüngst veröffentlichte Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2014 im Durchschnitt 300 Euro mehr für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgaben als noch im Jahr 2013. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 2014 die Kosten auf 6.700 Euro pro Schüler. Die höchsten Ausgaben verzeichneten Berlin und Hamburg (je 8.500 Euro), die niedrigsten Schleswig-Holstein (5.800 Euro) und Nordrhein-Westfalen (5.900 Euro). Die weitaus größten Aufwendungen entfielen dabei auf das Personal (ca. 5.500 Euro pro Schüler), gefolgt von Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden, für Lehrmittel und Baumaßnahmen. Unterschiede zeigten sich auch bei den einzelnen öffentlichen Schularten. Während an allgemein-bildenden Schulen durchschnittlich 7.400 Euro pro Schüler ausgegeben wurden, waren es an beruflichen Schulen rund 4.600 Euro.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

(Foto: CDU/Christiane Lang)

Daten & Fakten

Bundesländerranking familiengeführter Großunternehmen

Gemessen an der Einwohnerzahl sitzen die meisten großen Familienunternehmen, nach Definition mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz, in Hamburg und Bremen (jeweils 10,6 und 9,8 große Familienunternehmen je 100.000 Einwohner). In absoluten Zahlen fallen die beiden Hansestädte jedoch hinter den Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern zurück (jeweils 7,4 und 6,8 große Familienunternehmen je 100.000 Einwohner). Nur sehr wenige große Familienbetriebe finden sich demgegenüber in den fünf ostdeutschen Bundesländern, die zusammen lediglich 209 solcher Unternehmen beheimaten. Diese Zahlen beruhen auf Erhebungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2015. Insgesamt zählt das Institut 2015 4.700 solcher familiengeführten Großunternehmen in Deutschland. Viele davon sind sogenannte „Hidden Champions“, Weltmarkführer in Nischensegmenten mit hochspezialisierten Produkten, der Öffentlichkeit aber zumeist kaum bekannt.
(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz